Gesellschaftsvertrag
der
WEGE Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma

WEGE Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH.
2. Sitz der Gesellschaft ist Bielefeld.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur in der Stadt Bielefeld mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende für die Zukunft zu sichern. Diesem Ziel dient auch die Förderung des neuen Standortprofils Bielefelds im Zentrum der Gesundheitsregion OWL und die Innovations- und Technologieförderung **sowie die Förderung von Existenzgründungen. Mit diesen Unternehmensgegenständen verfolgt die Gesellschaft den öffentlichen Zweck.**
2. Zur Erreichung dieses **öffentlichen** Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations-, Beratungs- und Dienstleistungen für Unternehmen, sonstige Zielgruppen wie auch für die Gebietskörperschaft und sonstige Stellen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen auch den Nachweis von

Grundstücksflächen oder Gebäuden sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

3. Die Gesellschaft kann zu den o.a. Zwecken städtische und private Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, erschließen, bebauen und veräußern, wenn diese planungsrechtlich gesichert sind.

Die Gesellschaft kann darüber hinaus Grundstücke sanieren sowie Gebäude betreiben und unterhalten. Sie kann allein und gemeinsam mit Dritten Projekte entwickeln und Dritte mit der Aufgabenerfüllung beauftragen.

Die vorbereitende (u.a. Flächennutzungsplan, Gebietsentwicklungsplan) und verbindliche Bauleitplanung bleiben in der ausschließlichen Zuständigkeit der Stadt Bielefeld.

4. Die Gesellschaft soll Aufgaben im Rahmen der Reaktivierung und Vermarktung brachliegender Gewerbe- und Industrieflächen als Bestandteil der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung der Stadt wahrnehmen.
5. Die Gesellschaft fördert und unterstützt die Bielefelder Gesundheitsbranche. Dazu bietet sie Dienstleistungen, die sich auf die aktive Bestandssicherung und Innovationsförderung der Gesundheitswirtschaft ausrichten.
6. Zur Erreichung ihrer Zwecke soll die Gesellschaft mit anderen privaten oder öffentlich-rechtlichen Institutionen kooperieren. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit den Dienststellen der Stadt Bielefeld und mit ihren Gesellschaften und Einrichtungen eng zusammen.
7. Bei der Aufgabenwahrnehmung haben Strukturverbesserungen für die Beschäftigung von Frauen einen wichtigen Stellenwert.

§ 3

Hilfs- und Nebengeschäfte

Die Gesellschaft darf auch alle sonstigen Geschäfte betreiben, die ihrem Unternehmenszweck dienlich sind, insbesondere

- mit anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, kooperieren;
- sich an Gesellschaften, die ihre Interessen wahrnehmen, beteiligen, solche gründen oder erwerben.

§ 4

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 512.000,00 (in Worten: Euro fünfhundertzwölftausend). Es ist voll eingezahlt.

§ 5

Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 6

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

1. Die Gesellschafterversammlung
2. Der Aufsichtsrat
3. Der/Die Geschäftsführer/in.

§ 7

Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen. Ihre Zahl bestimmt der Aufsichtsrat. Sie werden **von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrates** bestellt und abberufen.

Sind mehrere Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen bestellt, so wird die Gesellschaft durch jeweils zwei Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin in Gemeinschaft mit einem Prokuristen/einer Prokuristin vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer/eine Geschäftsführerin vorhanden, so ist dieser/diese allein vertretungsberechtigt. Die Gesellschafterversammlung kann einen oder mehrere Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. Sie kann, auch wenn mehrere Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen vorhanden sind, einzelne Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen zur Alleinvertretung ermächtigen.

2. Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen führen die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen und den Aufsichtsrat und der Anstellungsverträge. **Das Unternehmen ist in sinngemäßer Anwendung der Wirtschaftsgrundsätze nach § 109 GO NRW zu führen.**
3. Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen sind verpflichtet, die Weisungen des Aufsichtsrates und die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zu befolgen.
4. Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen haben dem Aufsichtsrat **in den Aufsichtsratssitzungen** schriftlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft zu berichten. Sie haben darüber hinaus **regelmäßig** dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin und auf Verlangen den übrigen Gesellschaftern Berichte über die laufende und erwartete Entwicklung vorzulegen. Dem Aufsichtsrat ist außerdem bei wichtigen Anlässen und auf Verlangen zu berichten.
5. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geschäftsführern/ Geschäftsführerinnen hat jeder von ihnen das Recht, den Aufsichtsrat anzurufen

Gelöscht: vierteljährlich

Gelöscht: vierteljährlich

und ihm seine/ihre Auffassung zu unterbreiten; der Aufsichtsrat entscheidet dann. In Fällen, die keinen Aufschub zulassen, entscheidet der/die Aufsichtsratsvorsitzende und der/die Vertreter/Vertreterin. Der Aufsichtsrat ist in der darauffolgenden Aufsichtsratssitzung zu unterrichten.

6. Die Geschäftsführung kann Kontokorrent-Kredite bis zu einer vom Aufsichtsrat **in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat** festzustellenden Gesamtsumme zum Zwecke der Liquiditätssicherung aufnehmen. Die sonstige Übernahme von Verpflichtungen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.
7. Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen sind berechtigt und verpflichtet, Vorgänge von besonderer Bedeutung dem Aufsichtsrat vorzulegen. Das gilt insbesondere für Beschlussfassungen innerhalb der Organe (z. B. Gesellschafterversammlung) von Unterbeteiligungen, die für die Unterbeteiligung von besonderer Bedeutung sind. Hierzu zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Gewinnverwendung, Verpflichtungsgeschäfte dieser Gesellschaft, die im Einzelfall oder insgesamt eine Belastung mit sich bringen, die eine vom Aufsichtsrat festzulegende Wertgrenze übersteigt, sowie alle anderen gesellschafterbezogenen Grundsatzentscheidungen.

Gelöscht: Für das Berichtswesen der Geschäftsführung gelten im übrigen die Beteiligungsrichtlinien der Stadt Bielefeld.¶
¶
8. .

§ 8

Wirtschaftsplan, Finanzplan

1. Die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen stellen so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass vor Beginn des Geschäftsjahres der Aufsichtsrat diesen beraten und die Gesellschafterversammlung über ihn beschließen kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgs- und Vermögensplan und die Stellenübersicht. Er ist den Gesellschaftern unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.
2. Der Wirtschaftsführung ist eine 5-jährige Finanzplanung zugrunde zu legen, die den Gesellschaftern **und der Stadt Bielefeld** zur Kenntnis zu bringen ist. Die

Finanzplanung ist jährlich fortzuschreiben. Für alle Geschäftsbereiche ist eine Spartenrechnung durchzuführen.

§ 9
Der Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld	1 Sitz
Entsendungsrecht des Rates	6 Sitze
Arbeitgeberorganisation	2 Sitze
Deutscher Gewerkschaftsbund	2 Sitze
Sparkasse Bielefeld	2 Sitze

Bielefelder Volksbank eG 2 Sitze

Gelöscht: Volksbank Bielefeld
eG. 1 Sitz¶
Volksbank Brackwede eG. . . . 1
Sitz¶

Vorsitzender/Vorsitzende des Aufsichtsrates ist der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte **zu Beginn einer neuen Legislaturperiode des Rates** einen stellvertretenden Vorsitzenden/ eine stellvertretende Vorsitzende.

Der Rat der Stadt Bielefeld ist befugt, den Mitgliedern des Aufsichtsrates, die vom Rat entsandt sind, Weisungen zu erteilen.

2. Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrates, die vom Rat der Stadt entsandt sind, endet jeweils 3 Monate nach dem erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Rates. Die Amtszeit der weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates endet, wenn durch die jeweilige Institution eine andere Person benannt wird.
3. Verlieren Aufsichtsratsmitglieder, die dem Rat der Stadt Bielefeld angehören, während der Wahlzeit des Rates ihr Ratsmandat, so scheiden sie aus dem

Aufsichtsrat aus. Der Rat entsendet in diesem Fall unverzüglich ein anderes Mitglied.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind über das, was ihnen aufgrund ihrer Mandatswahrnehmung zur Kenntnis gelangt, – auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat – zur Verschwiegenheit verpflichtet.
5. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung und erlässt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer.
6. Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a. die Erteilung sowie der Widerruf von Prokuren;
 - b. die Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen zu beraten und die Geschäftsführung zu überwachen;
 - c. die von den Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen jährlich im voraus aufzustellenden Wirtschaftspläne zu prüfen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung weiterzuleiten;
 - d. den Geschäftsbericht und den Jahresabschluss mit Lagebericht und Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und an die Gesellschafterversammlung zu berichten.
7. Je ein Vertreter der Gesellschafter können an den Sitzungen des Aufsichtsrates beratend teilnehmen.

§ 10

Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte und Handlungen

1. Die Befugnis zur Geschäftsführung umfasst die Vornahme aller Maßnahmen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes der Gesellschaft. Zur Vornahme von nachfolgenden Rechtsgeschäften, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, muss die vorherige Zustimmung

des Aufsichtsrates eingeholt werden, sofern sie nicht im genehmigten Wirtschaftsplan enthalten sind:

- a. Die Aufnahme und Gewährung von Krediten, Bürgschaften, Garantien sowie die Übernahme von Haftungen für Dritte, mit Ausnahme der Aufnahme von Kontokorrent-Krediten zur Liquiditätssicherung (§ 7 Abs. 6).
- b. Die Übernahme von Verpflichtungen jeglicher Art, die im Einzelfall € 50.000,00 überschreiten.
- c. Der Abschluss aller Verträge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft, insbesondere
 - aa) Verträge über den Erwerb, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken, soweit sie wertmäßig einen Betrag von € 250.000,00 übersteigen;
 - bb) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht- oder Leasingverträgen, die eine Laufzeit von mehr als 1 Jahr oder einen Miet- oder Pachtzins von jährlich mehr als €50.000,00 vorsehen;
 - cc) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von sonstigen Verträgen, die eine Laufzeit von mehr als 1 Jahr vorsehen oder Verpflichtungen der Gesellschaft von jährlich mehr als € 50.000,00 begründen;
 - dd) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen, die eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist oder eine Gewinn- oder Umsatzbeteiligung vorsehen;
 - ee) der Abschluss oder die Änderung von Abfindungsvereinbarungen mit ausscheidenden Mitarbeitern;

- ff) die Erteilung und der Entzug von Handlungsvollmachten, der Abschluss, die Änderung oder die Beendigung von Pensionsvereinbarungen mit einzelnen Mitarbeitern.
 - d. Die Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften und die Mitgliedschaft in Vereinen sowie die Hilfs- und Nebengeschäfte gem. § 3.
 - e. Die Einleitung von Verfahren vor staatlichen Gerichten oder Schiedsgerichten mit einem Streitwert von mehr als € 25.000,00 sowie der Abschluss von Vergleichen in solchen Verfahren.
 - f. Geschäfte oder Maßnahmen, welche die Gesellschafterversammlung für zustimmungsbedürftig erklärt.
 - g. Die Gewährung von Gratifikationen und sonstigen außerordentlichen Vergütungen.
- 2. Die Vertretung der Gesellschaft in anderen Institutionen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, wird vom Aufsichtsrat geregelt.
 - 3. Insoweit als die Geschäftsführung im Rahmen ihrer o.a. Befugnisse Geschäfte tätigt, hat sie dem Aufsichtsrat nachträglich zu berichten.
 - 4. Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden namens des Aufsichtsrates durch den/die Vorsitzenden/Vorsitzende oder die Stellvertretung abgegeben.

§ 11

Gesellschafterversammlung

- 1. Eine Gesellschafterversammlung ist alljährlich nach Aufstellung des Jahresabschlusses (ordentliche Gesellschafterversammlung), im übrigen nach Bedarf abzuhalten. Jeder Gesellschafter kann unter Angabe des Grundes die Einberufung einer Gesellschafterversammlung verlangen.

Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sind von der Geschäftsführung vorzubereiten.

2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet jährlich innerhalb der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres statt, jedoch spätestens vier Wochen nach Vorliegen des testierten Jahresabschlusses. Die Geschäftsführung hat dabei über das abgelaufene Geschäftsjahr zu berichten, die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und den Bericht des Wirtschaftsprüfers vorzulegen und einen Ergebnisverwendungsvorschlag zu unterbreiten.
3. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Einberufung hat durch Einladung der Gesellschafter an ihre zuletzt der Gesellschaft bekannt gegebene Anschrift unter Einhaltung einer Ladungsfrist von **zehn Tagen** mit Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Der Tag der Absendung der Einladung (Poststempel) und der Versammlung werden bei der Fristberechnung nicht mitgezählt. Die Einladung ist mit ihrer Aufgabe zur Post bewirkt. Ist der Aufenthalt eines Gesellschafters unbekannt oder kann er aus anderen Gründen nicht eingeladen werden, so ruht bis zur Beseitigung dieses Zustandes sein Stimmrecht. Gelöscht: mindestens 3 Wochen
4. Die Gesellschafterversammlung wählt einen Versammlungsleiter. Sie ist nur beschlussfähig, wenn 100 % des Stammkapitals vertreten sind. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist unter Beachtung von Abs. 3 unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf vertretenes Stammkapital beschlussfähig, falls hierauf in der Einberufung hingewiesen wird.
5. Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt. Im übrigen können Gesellschafterbeschlüsse auch telefonisch, **per E-Mail oder per Telefax** ~~telegrafisch oder auf anderem Wege~~ erfolgen, sofern sie einstimmig gefasst und in einer von allen Gesellschaftern unterzeichneten Niederschrift dokumentiert werden.

§ 12

Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
 - a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie die Abdeckung von Verlusten;
 - b. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern/
Geschäftsführerinnen **auf Vorschlag des Aufsichtsrates** sowie **über den**
Abschluss und die Beendigung, einschließlich Kündigung der
Anstellungsverträge der Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen;
 - c. die Genehmigung und Änderung des von der Geschäftsführung
vorgelegten Wirtschaftsplanes;
 - d. die Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des
Aufsichtsrates;
 - e. die Wahl und Bestellung des Abschlussprüfers;
 - f. die Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals;
 - g. die Änderung des Gesellschaftsvertrages;
 - h. die Festsetzung des Sitzungsgeldes für die Teilnehmer/
Teilnehmerinnen an den Sitzungen des Aufsichtsrates;
 - i. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführung und
Mitglieder des Aufsichtsrates;
 - j. die Genehmigung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat;
 - k. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
 - l. die Auflösung der Gesellschaft;

- m. die Gründung und Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen **und Unternehmen**;
 - o **über den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes.**
2. Kaufverträge über städtische oder private Grundstücke, deren Wert € 500.000,00 übersteigt, unterliegen der Zustimmung aller Gesellschafter; gleiches gilt bei Erwerb von Grundstücken, die planungsrechtlich nicht gesichert sind.
 3. Die Gesellschafterversammlung kann Gesellschafter und/oder Geschäftsführer/ Geschäftsführerinnen vom Wettbewerbsverbot befreien.
 4. Soweit Beschlüsse der Gesellschafterversammlung nicht notariell beurkundet werden müssen, sind sie in einer Niederschrift festzuhalten, die von den Gesellschaftervertretern zu unterzeichnen ist.
 5. Je € 50,00 der Stammeinlage gewähren eine Stimme
 6. Die Änderungen des Gesellschaftsvertrages können nur einstimmig beschlossen werden. Auch die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung zur Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals und zur Gründung und Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen werden einstimmig gefasst.

Des weiteren bedürfen die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie die Abdeckung von Verlusten der Einstimmigkeit.

§ 13

Jahresabschluss, Lagebericht, Ergebnisverwendung und Prüfung

1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung nach Schluss des Geschäftsjahres

aufzustellen und von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen. Im Lagebericht hat die Geschäftsführung auch **detailliert** Stellung zu nehmen zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung.

2. **Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Gesellschaft werden entsprechend der Regelungen des § 108 Abs. 1 Ziff. 9 GO NRW im Anhang zum Jahresabschluss veröffentlicht.**
3. Unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht dem Aufsichtsrat zur Beratung und anschließend der Gesellschafterversammlung zur Feststellung vorzulegen.

Für Zwecke des Gesamtabchlusses besteht eine Aufklärungs- und Nachweispflicht gegenüber der Stadt Bielefeld

Gelöscht: Für das Beteiligungs-Controlling des Gesellschafters Stadt Bielefeld gelten dessen Beteiligungsrichtlinien.¶

4. Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgen nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder dieser Gesellschaftsvertrag keine anderen Regelungen enthält.
5. Die Prüfung ist nach den Grundsätzen des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) durchzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bielefeld hat die Befugnis nach § 54 HGrG. Es kann Kassen-, Buch- und Betriebsprüfungen durchführen.

§ 14 Ergebnisverwendung

Über eine Ergebnisverwendung entscheidet die Gesellschafterversammlung. Gewinne sind für die Zwecke der Gesellschaft gemäß § 2 zu verwenden.

§ 15

Veräußerung und Belastung von Geschäftsanteilen

1. Die Veräußerung, Verpfändung oder sonstige Belastung mit Rechten Dritter von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung aller Gesellschafter.
2. Die Gesellschafter sind verpflichtet, die erforderliche Zustimmung zu erteilen, wenn der Erwerber im Hinblick auf gesetzliche, insbesondere kartellrechtliche Vorschriften akzeptabel ist und an der Ernsthaftigkeit des Angebotes und der Bonität des Erwerbers keine begründeten Bedenken bestehen. **Die Veräußerung von Teilen eines Geschäftsanteils kann nur mit Zustimmung der Gesellschaft stattfinden.** Die Zustimmung der Gesellschafter gilt als Anweisung an die Geschäftsführung, die Zustimmung der Gesellschaft zu erteilen.
3. Jeder Gesellschafter ist ohne Zustimmung der anderen Gesellschafter berechtigt, seinen gesamten Anteil (jedoch keine Teile davon) an der Gesellschaft an ein verbundenes Unternehmen im aktienrechtlichen Sinne zu übertragen, vorausgesetzt,
 - a. dass der Rechtsnachfolger sich allen Verpflichtungen, die der betreffende Gesellschafter gegenüber anderen Gesellschaftern oder der Gesellschaft eingegangen ist, unterwirft und
 - b. die Übertragungsvereinbarung vorsieht, dass die Anteile zurück übertragen oder an ein anderes verbundenes Unternehmen übertragen werden, wenn die Gesellschaft, an welche die Übertragung erfolgt ist, nicht mehr ein verbundenes Unternehmen des übertragenden Gesellschafters ist. Der Gesellschafter verbleibt gemeinsam mit und neben dem verbundenen Unternehmen für dessen Verpflichtungen aus dem Gesellschaftsvertrag und sonstigen Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern haftbar. Der übertragende Gesellschafter hat die anderen Gesellschafter von der Übertragung **durch Übergabe einer beglaubigten Abschrift der Übertragungsurkunde zu unterrichten.**

Gelöscht: Bestimmungen des § 17 Abs. 1 und 3 GmbHG bleiben unberührt

Gelöscht: in der gleichen Form

Gelöscht: zu unterrichten, wie die Unterrichtung der Gesellschaft gemäß § 16 GmbHG zu erfolgen hat (d.h. durch Beifügung einer beglaubigten Abschrift der notariellen Übertragungsurkunde).

4. Eine Verfügung über einen Geschäftsanteil ist in jedem Fall, unbeschadet der vorgenannten Voraussetzungen nur wirksam, wenn der Erwerber gleichzeitig mit dem Erwerb den Vereinbarungen des ausscheidenden Gesellschafters mit der Gesellschaft oder Mitgesellschaftern in der dort vorgesehenen Weise beitrifft.
5. Unabhängig von vorstehenden Regelungen ist die Stadt Bielefeld befugt, weitere 4 % ihres Geschäftsanteiles an einen oder mehrere Dritte zu übertragen. § 16 gilt in diesem Fall nicht.

§ 16 Vorkaufsrecht

1. Für den Fall der Veräußerung eines Geschäftsanteiles oder eines Teiles eines Geschäftsanteiles durch einen Gesellschafter sind die übrigen Gesellschafter zum Vorkauf berechtigt. Diese Regelung gilt nicht für eine Übertragung nach § 15 Abs. 3 dieses Vertrages.
2. Das Vorkaufsrecht steht den Vorkaufsberechtigten in dem Verhältnis zu, in welchem die Nennbeträge der von ihnen gehaltenen Geschäftsanteile zueinander stehen. Macht ein Vorkaufsberechtigter von seinem Vorkaufsrecht nicht oder nicht fristgerecht Gebrauch, steht dieses den übrigen Vorkaufsberechtigten in dem Verhältnis zu, in welchem die Nennbeträge der von ihnen gehaltenen Geschäftsanteile zueinander stehen.
3. Der Veräußerer hat den Inhalt des mit dem Erwerber geschlossenen Vertrages unverzüglich sämtlichen Vorkaufsberechtigten schriftlich mitzuteilen. Das Vorkaufsrecht kann nur bis zum Ablauf eines Monats seit Empfang dieser Mitteilung und nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Veräußerer ausgeübt werden. Im Fall des § 16 Abs. 2 Satz 2 kann das Vorkaufsrecht nur bis zum Ablauf eines Monats seit Kenntnis vom Anfall des Vorkaufsrechtes und nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Veräußerer ausgeübt werden.
4. Jeder Vorkaufsberechtigte kann sein Vorkaufsrecht hinsichtlich des ihm zustehenden Teiles des zur Veräußerung stehenden Geschäftsanteiles allein

geltend machen. Nicht teilbare Spitzenbeträge dieses Geschäftsanteiles stehen demjenigen Vorkaufsberechtigten zu, der sein Vorkaufsrecht als erster ausgeübt hat.

5. Soweit das Vorkaufsrecht nicht oder nicht fristgerecht ausgeübt wird, sind die Gesellschafter verpflichtet, die gemäß § 15 dieses Gesellschaftsvertrages erforderliche Zustimmung zur Veräußerung an den Erwerber zu erteilen, sofern dem nicht wichtige, in der Person des Erwerbers liegende Gründe entgegenstehen.

§ 17 Einziehung

1. Die Gesellschafter können die Einziehung von Geschäftsanteilen mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit beschließen.
2. Der Zustimmung des betroffenen Gesellschafters bedarf es nicht wenn
 - ein Gesellschafter seine Verpflichtungen als Gesellschafter in wesentlichem Umfang verletzt und diese Pflichtverletzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach entsprechender Abmahnung geheilt wird;
 - der Geschäftsanteil von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diesen vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben wird;
 - über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat.
3. Die Einziehung erfolgt gegen Vergütung. Die Vergütung besteht in einem Geldbetrag in Höhe desjenigen Anteils am Vermögen der Gesellschaft zum

Stichtage, der dem Verhältnis des eingezogenen Geschäftsanteils zum Stammkapital entspricht. Die Bewertung hat wie folgt zu erfolgen:

Zum Stichtag des Ausscheidens wird eine Auseinandersetzungsbilanz erstellt, die von dem Abschlussprüfer der Gesellschaft zu testieren ist. In dieser Auseinandersetzungsbilanz sind die Aktiva und Passiva der Gesellschaft mit ihrem Buchwert zu bewerten. Bei der Bewertung ist die Differenz zwischen Verkehrswert und Buchwert (stille Reserven) mit 75 % anzusetzen. Ein Firmenwert (Goodwill) ist jedoch nicht zu berücksichtigen.

4. Soweit es die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zuläßt, erfolgt die Auszahlung der Einziehungsvergütung in drei aufeinanderfolgenden gleichen Jahresraten, von denen die erste Rate sechs Monate nach dem Tage des Ausscheidens fällig wird. Der nicht ausbezahlte Teil der Vergütung ist ab dem Tag des Ausscheidens mit aktuellen Geldmarktzinsen zu verzinsen. Die Zinsen sind jeweils mit den einzelnen Raten zahlbar. Eine vorzeitige Tilgung ist jederzeit zulässig.
5. Soweit der ausscheidende Gesellschafter persönlich und/oder dinglich gegenüber Dritten für Verbindlichkeiten der Gesellschafter gegenüber Dritten haftet, hat er nach dem Stichtag des Ausscheidens im Innenverhältnis einen Freistellungsanspruch gegenüber der Gesellschaft. Im Außenverhältnis werden sich die Parteien gegenüber Dritten bemühen, eine Entlassung des ausscheidenden Gesellschafters aus der Haftung zu erreichen. Der ausscheidende Gesellschafter ist nicht berechtigt, bezüglich des Befreiungsanspruchs Sicherheiten zu verlangen.

§ 18

Schlussbestimmungen

1. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.
2. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes werden ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Jahresabschluss und der

Lagebericht ausgelegt und in der Bekanntmachung wird auf die Auslegung hingewiesen. Die Bekanntmachung ist der Stadt unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.

3. Soweit die Rechtsverhältnisse der Gesellschaft in diesem Gesellschaftsvertrag nicht geregelt sind, gelten ergänzend die gesetzlichen Bestimmungen.
4. Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.